

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

1.3.1919 (No. 52)

Expedition: Karlsruher Str. 14, Fernsprecher: Nr. 953 und 954, Postbevollmächtigter Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. Amend, Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 4 M 75 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr einberechnet, 4 M 92 P. — Einzelnummer 10 P. — Anzeigengebühr: die 7 mal gebaltene Zeile oder deren Raum 25 P. zusätzlich 30 % Leerungsgebühr. Boden nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung, Auslieferung, Rücksendung, Betriebsführung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Anwerter keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Das Wichtigste.

Die Friedenskonferenz.

* Nach einer Meldung des „Temps“ eröffnete Clemenceau die gestrige Alliiertenkonferenz mit der Erklärung, daß die Vorlegung des Vorberichtsvertrages für den 17. März vorgesehen sei.

„Humanité“ meldet: Am letzten Freitag haben Japan und Italien in der Pariser Konferenz einen Antrag auf Zulassung Deutschlands zum Völkerbund ohne Wartefrist eingebracht.

Wilson und der Völkerbund.

* Wilson besprach, wie aus Washington gemeldet wird, mit den Kommissionen für die auswärtigen Angelegenheiten in beiden Parlamenten die Frage des Völkerbundes. Wenn die Vereinigten Staaten nicht in den Bund eintreten, werde er scheitern. Daraus würde für Europa eine aller Beschreibung spottende Verwirrung entstehen.

Wilson's Rede in Boston gibt der französischen Presse erneut Veranlassung, nachdrücklich auf die Notwendigkeit hinzuweisen, daß Amerika ständiges Mitglied der Entente bleibe, daß also die Liga der Nationen so, wie sie in dem Pariser Entwurf vorzeichnet ist, auch vom amerikanischen Senat angenommen werden müsse. Die gesamte Presse betont in übereinstimmender „Somme Libre“, die von Amerika angekündigte neue Zeit sei nur dann möglich, wenn Amerika in seiner großen Rolle als Menschenfreund beharre und auch weiter für Recht und Gerechtigkeit kämpfe. „Journal des Debats“ fügt hinzu, wenn Amerika jetzt in dem Werk der Weltbefreiung innehalten würde, dann wäre es besser gewesen, es hätte überhaupt nicht eingegriffen.

Die Unruhen in Mitteldeutschland.

* In Thüringen ist laut „Berl. Tagebl.“ der Streik in einer Reihe von Städten im Werra- und im Saalegebiet noch im Zunehmen begriffen. Überall, wo gestreikt wird, werden die Arbeitswilligen von den Spartakisten mit Gewalttätigkeiten bedroht und durch Zwang von der Arbeit verhindert.

Gestern lief im Reichsministerium die Nachricht ein, daß ein Spartakistenzug, der aus einer Lokomotive und 2 Wagen bestehe, von Leipzig aus auf der Fahrt nach Weimar sei. Es stellte sich bald heraus, daß der Zug in Kobetha Halt gemacht und nach Leipzig zurückgefahren war. Auch der Bahnhof Weimars wurde gestern von Spartakisten besetzt.

Aus Halle wird auf Umwegen über die dortige Lage berichtet: Halle ist eine tote Stadt. Seit Mittwoch vormittag streifen in der Stadt die Post- und Eisenbahnbeamten, die Straßenbahner, die Privatbeamten, die Lehrerschaft, die meisten Kreisverwaltungsbehörden, sowie sämtliche Geschäftsinhaber mit Ausnahme der Lebensmittelgeschäfte. Sämtliche Theater und Kinos sind geschlossen, auch die meisten Schulen. Im Betrieb sind lediglich das Wasserwerk, das Gas- und das Elektrizitätswerk, der Schlachthof und die Friedhöfe. Am Donnerstag vormittag fand ein großer Demonstrationszug der Arbeiterschaft statt. Auf dem Marktplatz wurden mehrere Ansprachen gehalten, die alle zum Ausschalten im Generalstreik aufforderten, um die Macht der Regierung Ebert-Scheidemann zu brechen.

Vor dem Bahnhof Halle spielen sich täglich erregte Szenen ab, denn die vielen Fremden sind verzweifelt, daß keine Züge abgelassen werden. Viele mieten sich Fuhrwerke und verlassen so die Stadt, doch werden jetzt auch Fuhrwerke auf der Landstraße vor der Stadt zum Umkehren gezwungen. Halle ist gänzlich von der Außenwelt abgeschlossen. Kein Brief, keine Zeitung gelangt mehr in die Stadt. Die Zeitungen haben ihr Erscheinen gänzlich eingestellt. An ihrer Stelle gibt der Streikauschuß ein Nachrichtenblatt heraus, das jedoch nur Betrachtungen zum Streik enthält. Hier stehen alle Räder still. Trotz äußerlicher Ruhe liegt das Gefühl wachsender Spannung über allen, zumal die Ernährungsfrage immer brennender in den Vordergrund tritt.

Gestern vormittag eröffnete der Arbeiterrat mit einigen Leuten die Brotmarkenausgabe wieder, nachdem er von der Stadt die Herausgabe der Schlüssel und des Markenmaterials verlangt hatte. Auch das städtische Ernährungsamt sollte nachmittags wieder eröffnet werden, doch haben die Bäcker gestern mittag ihre Betriebe geschlossen, zumal durch den Eisenbahnstreik keine Zufuhr frischen Mehls erfolgen kann.

Gestern nachmittag fand eine Versammlung der Hallischen Fleischer statt, die darüber beschloß, kassen sollte, ob die Fleischer ebenfalls ihre Läden schließen. Ihre Vorräte reichen nur noch für wenige Tage. Für die Säuglinge ist keine Milch vorhanden. Die großen Landstraßen, die nach Halle führen, sind bewacht. Leute, die zu Fuß von und nach Halle kommen, werden auf Waffen untersucht, können aber dann ihre Reise fortsetzen.

* Vom Tage.

(Von der Taktik und dem Ziel des Bolschewismus.)

Es gibt bei uns in Deutschland weite Kreise, die sich über die Taktik des Bolschewismus und über das Endziel dieser Taktik noch immer nicht recht im Klaren sind. Noch immer herrscht vielfach die Meinung, daß es den deutschen Bolschewisten, das heißt also den Spartakisten und Kommunisten, darauf ankomme, heute schon die Herrschaft zu erringen und diese Herrschaft im Sinne staatlicher Macht und Ordnung positiv auszubauen. Es gibt viele, die den Kampf, der sich vor unseren Augen abspielt, als einen Kampf der Ideen oder als einen politischen Kampf um die Macht auffassen. Eine solche Auffassung ist aber, wie sich immer deutlicher ergibt, unrichtig.

Irgend welche Tendenzen positiver, bewußt aufbauender Politik sind im Bolschewismus dort, wo er in seiner Reinkultur auftritt, völlig fremd. Sein Ziel ist die Anarchie und die Zerstörung. Und seine Taktik paßt sich diesem Ziele an. Er will die ganze Menschheit durchsuchen mit dem Gift der Anarchie und der Destruktion. Alle die Leute, die ohnehin nichts zu verlieren haben, werden magnetisch von ihm angezogen. Und ferner übt er seine starke Anziehungskraft aus auf alle die Elemente des Volkes, die entweder zu träge und zu dumm sind, um den Nutzen eines geordneten Staatswesens zu begreifen, oder die, von rohen Instinkten geleitet, an Aufruhr und Zerstörung ihre herzliche Freude haben. Die jungen Kurven, die heute nicht arbeiten wollen, die es als eine köstliche Zeiterschwendung empfinden, daß sie sich ohne Arbeit, ohne Pflichten gegen das Ganze auf Kosten des Ganzen amüsieren und bereichern können, sie sind die Mitläufer des Bolschewismus; denn er verspricht ihnen die reiflose Befriedigung ihrer Instinkte. Wer aber nur einen Funken von Pflichtgefühl gegen sich, die ihm Nahestehenden und gegen die Gesamtheit seiner Volksgenossen in sich trägt, der wird sich von der Räuberpolitik des Bolschewismus nicht einfangen lassen. Und Gottlob darf festgestellt werden, daß die große Mehrheit der männlichen Jugend vernünftig und pflichtbewußt genug ist, um zu erkennen, daß die Herrschaft des Bolschewismus auf die Dauer zerstörend und schädigend, ja vernichtend auf alle Volksteile wirken muß, also auch auf die, die heute noch seine eigenen Anhänger sind.

Wir brauchen unseren Blick nur nach Rußland zu wenden, wenn wir sehen sollen, welches die Folgen des Bolschewismus sind. Aber seit einer Woche brauchen wir nicht einmal soweit zu blicken. Das, was sich zur Zeit in Bayern, das heißt vor allem in der bayrischen Hauptstadt abspielt, liegt uns räumlich und dem Empfinden nach näher und zeigt uns ebenso treffend, zu welchen Zuständen der Bolschewismus mit Naturgewalt führen muß. Dort ist das Ideal der Bolschewisten bereits annähernd verwirklicht. Der Kampf aller gegen alle ist entbrannt. Da aber von vornherein dafür gesorgt wurde, daß die Waffen beinahe ausschließlich in die Hand der Anarchisten und Kommunisten gelangten, konnte der Ausgang des Kampfes nicht zweifelhaft sein. Sieger ist das anarchische Verbrechertum, mag auch der Sieg noch hier und da bestritten werden. Und dieses Verbrechertum nützt seinen Sieg weidlich aus. Plünderungen gehören zur Tagesordnung, die Lebensmittelrationen werden einfach so verteilt, daß das „Proletariat“ die doppelte Ration bekommt wie die „Bürgerschaft“, und die Gewalttätigkeit und Zerstörungslust feiern daneben ihre Abscheu erregenden Triumphe. Selbstverständlich liegt es allein in der Hand der Machthaber, zu bestimmen, wer nun jeweils zum „Proletariat“ und wer zur „Bürgerschaft“ zu rechnen ist. Das Ganze ist natürlich nur eine niederträchtige Komödie. Die Absicht liegt ja klar am Tage: wer sich dem Bolschewismus verschreibt, erhält gut zu essen; wer aber zu ansständig und zu ordnungsliebend ist, um den Terror mitzumachen, der kriegt den Brotkorb so hoch gehängt, daß er überhaupt nicht mehr danach greifen kann.

Ändern werden wir diese aberwitzigen Zustände nur dann, wenn die Reichsregierung stark und entschlossen genug bleibt, um die Ordnung wieder herzustellen und die verbrecherischen Elemente zu eliminieren, und wenn die Empörung und der Selbsterhaltungstrieb bei den

ordnungsliebenden Elementen des Volkes zu einer derartigen Gewalt angewachsen sind, daß diese Elemente sich selber rücksichtslos und opferbereit für den Kampf gegen Anarchie und Verbrechertum zur Verfügung stellen. Selbstverständlich kann es sich hierbei nur um einen Vernichtungskampf handeln, da das, was uns der Bolschewismus androht, ja nichts anderes ist als die Vernichtung. Auf einem anderen Gebiet, das wir demnächst behandeln werden, liegt die Frage, ob nicht auch das Verhalten gewisser bürgerlicher, rechtsstehender Kreise geeignet ist, das Proletariat unnötig zu reizen und damit den Radikalismus zu stärken.

Über die Taktik des Bolschewismus unterrichtet uns sehr gut ein Leitartikel, der dieser Tage in den „Basler Nachrichten“ erschienen ist. Wir geben ihn in seinen wichtigsten Teilen wieder, um zu zeigen, daß man auch in der Schweiz zu einer ähnlichen Ansicht gelangt ist, wie wir sie eben vertreten haben. Der Artikel lautet:

„Was jetzt in Deutschland vorgeht, ist nicht, wie die Drahtzieher glauben machen möchten, ein einfacher Ausbruch des Volkszorns gegen die Mörder eines populären Führers. Dieser Volkszorn mag mitwirken und die Bearbeitung der Massen erleichtern. Aber die Bewegung war lange vor Eisners Tod schon losgelassen worden, nicht nur in Norddeutschland, sondern auch in dem von Eisner regierten Nürnberg. Es handelt sich in Wahrheit um eine der raffiniertesten geleiteten Revolutionen der Weltgeschichte. Eine Empörung wie die, welche anfangs November die Hohenzollern wegsetzte, ist nicht schwer zu inszenieren; da war mit Ausnahme einer kleinen Minderheit das ganze Volk dabei. Aber was jetzt mit großem Geschick versucht wird, ist eine Rebellion gegen die Mehrheit. Wenige Führer, deren Chef in Moskau sitzt, und relativ noch weniger Geführte verstehen es, ganz Deutschland dem kommunistischen Chaos entgegenzutreiben. Bei der Beobachtung dieses Vorgehens muß man sich nur nicht dadurch irreführen lassen, daß nach einer kurzen Periode spartakistischer Oberherrschaft über eine Stadt oder einen Landesteil jenseits bald wieder Meldungen über entschiedene Siege der Regierungstruppen einlaufen. Die Bewegung ist offenbar gar nicht so gemeint, daß sie jetzt schon systematisch das Reichsgebiet erobern soll. Dafür wäre die Zahl ihrer Anhänger noch zu klein; gerade in Bayern haben die Unabhängigen bei den Wahlen ja nur 4 Prozent, in Baden gar nur 1,5 Prozent der Wählererschaft hinter sich gehabt. Eigentliche Butschromantik beherrschte nur die Aktion in Berlin, wo die Gegner den Spartakisten dann den Gefallen getan haben, sie von ihren weltfremdesten Führern Liebkecht und Lugemburg zu befreien. Bei allem, was seither geschieht, herrscht ein zielbewusstes System: Deutschland soll wirtschaftlich zu Lode gehetzt werden. Darum ging es zunächst an der Wasserfront los, wo die Auslieferung der für die Verproviantierung Deutschlands bestimmten Handelsschiffe verhindert werden sollte. Dann wurden die Kohlengebiete von Schlesien und Westfalen in Angriff genommen. Liefern sie keine Kohle mehr, so kann in ganz Deutschland nicht mehr gearbeitet werden. Jetzt werden im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in der gleichen Absicht die Hochöfen gelähmt. Die Aufstände in Süddeutschland haben den Zweck, Stadt und Land in zwei gegnerische Lager zu trennen und so die Ernährungskatastrophe zu beschleunigen. Wird die Regierung an einem Ort fertig, so wird der Aufstand nach einem anderen verlegt. Man wende nicht ein, durch dieses System würden ja in erster Linie die Arbeiter selbst gefährdet. Die Rechnung ist: man geht vor wie in Rußland und läßt die Bourgeois ganz verhungern; dann lassen sich immer noch genügend große Nationen für das Proletariat erübrigen; dieses wird durchgefüttert, bis die Weltrevolution kommt, die „alles gut macht“; kommen muß sie; denn im geeigneten Augenblick werden die Zustände in Deutschland so sein, daß die Entente einrücken muß, und dann rebellieren deren Soldaten und Lenin befiehlt vom Pazifischen bis zum Atlantischen Ozean. Ist dies schon Wahnsinn, hat es doch Methode, und das deutsche Volk läßt es sich anscheinend gefallen.“

Wir haben auch heute noch nicht die Hoffnung verloren, daß das deutsche Volk, das man gewiß nicht mit dem russischen vergleichen kann, sich diesen Wahnsinn doch nicht gefallen lassen wird. A

Mit einer Beilage: Offizielle Gewinnliste der 5. Geld-Lotterie zur Wiederherstellung des St. Nikolausmünsters in Überlingen a. Bodensee.

Deutsche Nationalversammlung.

In der gestrigen Sitzung wurde zunächst eine Eingabe bekanntgegeben, die auf die verzweifelte Lage der von aller Welt abgeschlossenen deutschen Truppen am Schwarzen Meere aufmerksam macht und die Nationalversammlung bittet, bei der Entente auf baldigen Abtransport hinzuwirken. Zur Interpellation der Deutschnationalen wegen der Verletzung der im Waffenstillstand vom 17. Februar l. J. angenommenen Demarkationslinie durch die Polen erklärt der Präsident des Reichsministeriums Scheidemann, sich über den Termin der Beantwortung sich mit dem Präsidium zu verständigen. Die dritte Beratung des Entwurfes eines Übergangsgesetzes wird auf Vorschlag des Präsidenten auf morgen verschoben.

Das Haus tritt in die Beratung des Entwurfes einer Verfassung des Deutschen Reiches ein. Der Seniorenkonvent empfiehlt, von jeder Fraktion zwei Redner zu Worte gelangen zu lassen, die Redezeit aber auf eine Stunde zu beschränken. Das Haus ist damit einverstanden.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.): Ein neues Deutschland soll jetzt aufgebaut werden. Wir Sozialdemokraten haben dabei die besondere Aufgabe, dieses neue Reich mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Leider ist davon recht wenig in diesem Entwurf hineingekommen. Schon die Wahl des Wortes „Reich“ war kein guter Griff. Wir werden daher beantragen, statt Verfassung des Reiches zu sagen „Verfassung der deutschen Republik“. Grundsätzlich sind wir Anhänger des Einheitsstaates und verlangen, daß auf allen Gebieten der Schritt vom Partikularismus zur deutschen Einheit mit voller Rücksichtslosigkeit getan wird. Unsere endgültige Stellungnahme zum Reichsrat und Reichspräsidenten behalten wir uns vor. Manche der Beschlüsse des Präsidenten sind uns zu weitgehend. Es fehlt auch eine Bestimmung, daß Mitglieder der bisher regierenden Familie nicht zum Präsidenten wählbar sind. Wir bedauern, daß der Verfassungsentwurf den Stempel des Kompromisses zwischen den Anforderungen des Einheitsstaates und den Fesseln des Föderativstaates offen an der Stirn trägt. Auch die Beamten verlangen neben den Arbeitern eine einheitliche Regelung ihrer Verhältnisse durch die Reichsregierung. Ferner fehlen Schutzbestimmungen für Jugendliche. Die organisierte Arbeiterschaft ist ein wirtschaftlicher und politischer Machtfaktor geworden, der diese Anerkennung auch in der Verfassung beansprucht. Den Arbeiter- und Soldatenräten, deren politische Funktionen heute gegenstandslos geworden sind, verbleibt auf wirtschaftlichem Gebiete nach wie vor ein weites Feld. Die Hoffnung, daß endlich Eisenbahn- und Wasserwerke dem Reich ausnahmslos vorbehalten werden, ist bitter enttäuscht worden. Die Unentgeltlichkeit der Volksschule ist nicht gesichert, auch die Einheitschule nicht erreicht. Es wird aufgedeckt, daß die Regierung sich, auf dem Gebiete des Schulwesens die Schritte zu tun, die die neue Zeit erfordert. Dem Reichsrat muß man die Verantwortung überlassen, ob er daran das Verfassungswerk scheitern lassen will. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Spahn (Ztr.): Der Krieg gebar die Revolution. Der Kaisertraum des deutschen Volkes war ausgeräumt. Aus territorialen, geographischen und kulturellen Gründen wird das Deutsche Reich auch als Republik ein Bundesstaat bleiben. Deutsch-Österreich gehört nach Geschichte und Nationalität zum Deutschen Reich. Preußen ist kein Staat mit einer Bevölkerung aus einem Staat. Das Staatsbewußtsein beruht auf der Anhänglichkeit am Herrscherhaus. Mit dem Wegfall des Herrscherhauses hat das Interesse am Staate Preußen in weiten Kreisen weitlich der Erde nachgelassen. Die Verlegung Preußens in zwei oder drei Teile muß in der Kommission geprüft werden. Es wäre ein tragisches Geschick, wenn an der Preußenfrage der Neuaufbau des Reiches scheitern sollte. Der Satz in Artikel 2 „Die Gewalt liegt beim Volke“ ist eine Konstitution ohne materiellen Inhalt und ist deshalb zu streichen. Die Anordnung muß ehrlich demokratisch, vernünftig sozial und entsprechend dem christlichen Volke christlich sein. Nur ein auf einem solchen Fundament aufgebautes Reich kann ein Volksstaat sein. Der Entwurf nennt alle Deutschen gleichberechtigt. Damit ist die Ebenbürtigkeit aller Glieder des Volkes durch die Reichsgewalt bestimmt und alle muß die Überzeugung durchdringen, daß Wirtschaftsdienst Volksdienst ist, daß von dem Recht auf Arbeit die Pflicht zur Arbeit abzuleiten ist. Allgemein eignet sich unsere Industrie nicht zur Sozialisierung. Jetzt dürfen wir keine Experimente machen, die an die Wurzeln unseres Wirtschaftslebens greifen. Die Religion als solche ist nicht geschützt, obwohl sie für die menschliche Wohlfahrt des Reiches und des Staates wesentlich ist. Von der ausschließlichen staatlichen Leitung der Schulen befürchtet die Kirche die Förderung des religiösen Indifferentismus durch das Wahlrecht der Frauen. Werden die Frauen die mächtige Waffe, die der Schöpfer ihnen ins Herz gegeben hat, für das ganze Wohl des Vaterlandes verwenden können? Der föderative Charakter des Reiches hat seine Verödung im Reichsrate gefunden. Die Volkswahl des Reichspräsidenten schwächt die Stellung des Parlaments, die Exekutive der Reichsleitung wird durch sie gestärkt. Nach Wegfall des Gesandtschaftsrechtes der Gliedstaaten entfallen auch die Gesandtschaften Preußens und des Reiches beim hl. Stuhl in Rom. Da erscheint es als ein Gebot der Pflicht und der Klugheit und entspricht auch den Wünschen der Katholiken in Deutschland, beim hl. Vater eine Reichsvertretung einzurichten. Eine Scheidung zwischen Reichs- und Landessteuer, direkten und indirekten Abgaben ist nicht vorgenommen, so daß das Reich auf direkte Steuern zurückgreifen kann, um die schweren Lasten abzubürden, die auf seinen Schultern lasten. Bei den hohen Reichsausgaben wird die Inanspruchnahme der direkten Steuern durch das Reich nicht zu umgehen sein. Auch die Rechtsmaterie, für die das Reich zuständig ist, die aber durch Landesgesetz geregelt werden könne, solange das Reich mit ihrer Regelung sich nicht oder nur flüchtig befaßt hat, wird in der Kommission zu behandeln sein.

Abg. Dr. v. Delbrück (D.M. Sp.): Wir sind der Meinung, daß die demokratische Monarchie, wie sie im letzten Herbst bei uns entstanden war, völlig ausgereicht hätte, um auch die weitestgehenden Ziele der äußersten Linken zu verwirklichen. Auch die Person des Kaisers hätte dabei nicht im Wege gestanden. Dann ist es aber wirklich nicht richtig, wenn man jetzt nichts eiligeres zu tun hat, als die alte Bismarcksche Verfassung mit Stumpf und Stiel auszurotten. Der neue Entwurf enthält viele Mängel des alten Staates wieder. Aber gerade die wertvollsten Punkte der Bismarckschen Gedanken fehlen in ihm. Der Entwurf ist ein Gesetz zur allmählichen Auflösung des Deutschen Reiches. Aus ideellen und praktischen Rücksichtserwägungen sind wir dafür, die Farben schwarz-weiß rot weiter zu behalten. Der Entwurf räumt zwar mit den preussischen Vorrechten auf, billigt aber vielen Gliedstaaten die alten Reservatrechte zu, ja er verstärkt sie sogar im Seerwesen. Unsere 40jährigen Bemühungen in der Einheitslichkeit des deutschen Reiches werden damit in Frage gestellt. Vom Standpunkt der Stärkung der Reichsgewalt ist es ein Fehler, daß der Entwurf die Änderung der Verfassung erklärt, sowie daß das Reich keinen unmittelbaren Einfluß auf die Verwaltung in den Glied-

staaten hat. Neben dem Reichstage sollte eine Erste Kammer stehen, zur Hälfte aus Ernennungen, zur anderen Hälfte aus berufständlichen Wahlen hervorgegangen. Das würde die partikularen Tendenzen schwächen. Für ein glattes Arbeiten der Reichsregierung ist ein Kollegialministerium das erste Erfordernis. Unbedingt muß eine zweckmäßige Lösung in der Frage der Aufteilung Preußens und der Zusammenlegung verschiedener kleiner Staaten gefunden werden. Über das Verhältnis von Staat und Kirche ist auffälligerweise in dem Entwurf nichts gesagt. Weiter vermisse ich in dem Entwurf eine angemessene Regelung der Verhältnisse der Beamten. Auch wir werden bestrebt sein, das Ansehen zu tun, um aus diesem Entwurf ein brauchbares Instrument für die zukünftige Regierung und Verwaltung des Reiches zu machen. Wie wir uns letzten Endes dazu stellen werden, wird abhängig sein von der Gestaltung, die der Entwurf in den weiteren Beratungen finden wird.

Gegen 2 Uhr wird die Beratung bis 4 Uhr ausgesetzt. Um 4.20 Uhr wird die Verhandlung wieder aufgenommen.

Abg. Koch-Rassel (Dem.): Alle Bausteine, die Bismarck legte, sind nicht verloren. Der erste und wichtigste ist die Einheit des Reiches. Wir sollten in unserem tiefen Schmerz an dieser einen Freude einen Augenblick vertreiben, daß das kostbarste Gut, die Reichseinheit, auch nach dem unglücklichen Kriege nicht verloren ging und eine Freude, die noch darüber steht, ist die, daß unsere Reichseinheit durch den Zutritt von Deutsch-Österreich zu einer nationalen Einheit zu entwickeln im Begriffe ist. Der zweite Grundstein, auf dem unser neues Reich aufgebaut werden soll, ist der Gedanke der Demokratie. Die Demokratie legt der Regierung die Pflicht auf, den Willen des Volkes einer widerstrebenden Minderheit gegenüber zu vollstrecken. Wir werden die Regierung darin unterstützen. Den Reichspräsidenten wollen wir nicht zu einer repräsentativen Figur werden lassen. Es ist wenig neuer Wein in die alten Schläuche getan worden. Die großen sozialen Grundgedanken unserer Zeit hätten durch den Gesetzentwurf stärker betont werden müssen. Wir hoffen, in der Kommission auch den Gedanken der Reichseinheit in der Verfassung stärker durchsetzen zu können. Die in dem Entwurf dem Reich übertragene Zuständigkeit erscheinen uns durchweg unzureichend. Das Allerschlimmste sind die Reservatrechte der Bundesstaaten. Hier hoffen wir, wird uns eine kraftvolle Operation gelingen. Das große Kulturwerk Preußens darf nicht zerfallen werden. Eine Verwaltung mit der Faust paßt in die jetzige Zeit nicht mehr hinein. Die deutschen politischen Zweigebilde werden durch die finanziellen Nöte verschwinden. Das deutsche Volk will, darauf vertrauen wir, in allen seinen Teilen zusammenbleiben.

Abg. Dr. Heine (D. Sp.): Der Entwurf läßt die Klarheit und den großen Zug der Bismarckschen Politik vollständig vermissen. Vor allem geht er an der Kardinalfrage unserer inneren Politik, der Frage der Stellung Preußens zum Reich, vorbei. Meine Freunde lehnen jedenfalls eine Zerstückelung Preußens ab. Weiter bleibt vollkommen unklar, und das ist gewiß der Hauptfehler des Entwurfes, wo in Zukunft die deutsche Macht liegen soll. Zu diesem Zwecke der Verankerung der Reichseinheit muß vor allen Dingen mit dem Programm der Übertragung der Meeres- und Verkehrsrichtungen auf das Reich ernst gemacht werden. Dabei sind wir der Meinung, daß die deutsche Verfassung aufgebaut werden muß auf der Grundlage des Bundesstaates. Notwendig ist eine scharfe Grenze zwischen den Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten. Im übrigen haben wir den Wunsch nach einer Erweiterung der Kompetenzen des Reiches auf dem Gebiete von Kirche und Religion. Wir sind stolz auf die deutsche Vergangenheit. Auch das neue Reichsoberhaupt muß eine seines hohen Amtes würdige Stellung einnehmen. Abhebbarkeit und Zulässigkeit der Anlagenerhebung, sogar bei verhältnismäßig geringen Vergehungen stehen mit seiner Würde im Widerspruch. Wir halten fest an den Farben Schwarz-Weiß-Rot. Etwas von dem Geiste, der uns groß gemacht hat, soll uns auch bei der Erledigung dieses Verfassungswerkes leiten.

Abg. Cohn (U. Sp.): Ich vermisse bestimmte Vorschläge über die sofortige Sozialisierung. Alle Sonderrechte von Staaten und Stämmen müssen fallen. Wir wünschen die Wahl der Richter, wenigstens der unteren durch das Volk.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Samstag 10 Uhr: Anträge und kleine Vorlagen.

Der Gesetzentwurf über die Erhöhung d. Einkommensteuer

Der Badischen Nationalversammlung ist soeben der Gesetzentwurf betr. die Erhöhung der Einkommensteuer zugegangen. Er bestimmt folgendes:

Von den Einkommensteuerverpflichtigten mit einem Einkommen von 2400 M. an wird für das Jahr 1919 außer den durch das Gesetz vom 4. September 1918 festgesetzten Einkommensteuern ein weiterer Zuschlag von 20 v. H. der im Einkommensteuertarif bestimmten Steuerhöhe erhoben. Von den Vermögenssteuerverpflichtigten mit einem Vermögenssteueranschlag von 5000 M. an wird für das Jahr 1919 ein Vermögenssteuerbetrag von dreizehn Pfennigen für je 100 M. Vermögenssteueranschlag erhoben. Das Ministerium der Finanzen ist mit dem Vollzug beauftragt.

In der Begründung des Entwurfes heißt es: Zur Deckung des im Haushalt der allgemeinen Staatsverwaltung für die Jahre 1918 und 1919 zu erwartenden, auf 33,6 Millionen Mark veranschlagten Fehlbetrags hat sich schon im vergangenen Jahre ein weitere Erhöhung der Einkommensteuer als nötig erwiesen, die in der Form von Zuschlägen in Höhe von 5 bis 66 v. H. der Normalsteuerrate durchgeführt wurde. Von einer Erhöhung der Vermögenssteuer ist damals abgesehen worden. Bei einem günstigen Ausgang des Krieges und ohne die politischen Umwälzungen hätte jene Maßnahme in Verbindung mit der günstigen Entwicklung der Veranlagungsergebnisse und bei gleichzeitiger Heranziehung der im umlaufenden Betriebsfonds vorhandenen Mittel wohl auch genügt, um den Fehlbetrag für die Haushaltsjahre 1918 und 1919 ganz oder wenigstens zu einem großen Teile zu decken.

Infolge des unangünstigen Ausgangs des Krieges und der eingetretenen politischen Umwälzungen mit ihren einschneidenden wirtschaftlichen Folgen sind nun aber neue Bedürfnisse entstanden, durch welche die Staatskasse in außerordentlicher Weise in Anspruch genommen worden ist und auch weiterhin noch in Anspruch genommen werden wird. Der Finanzminister hat bereits an anderer Stelle die damalige Lage des Staatshaushalts dargestellt und ausgeführt, daß der Fehlbetrag trotz der erheblichen Steigerung des Ertrags der direkten Steuern den im Staatsvoranschlag angenommenen Betrag von 33,6 Millionen Mark voraussichtlich ganz erheblich übersteigen wird. Welche Höhe dieser Fehlbetrag tatsächlich erreichen wird, ist ungewiß; nur so viel steht schon jetzt fest, daß auf die Beschaf-

fung weiterer Deckungsmittel Bedacht zu nehmen ist, zumal stets neue Forderungen an die Staatskasse herantreten, so die Ausgaben für die Arbeiter- und Soldatenräte, für die Volkswachen, für die Erwerbslosen und insbesondere auch die Fürsorgemaßnahmen für die Beamten und Arbeiter des Staates. Diesen soll bekanntlich zu den schon früher bewilligten Kriegsteuerungszuschlägen eine weitere einmalige Steuererhöhung zugewährt werden. Der Aufwand für diese Zuwendung und für die im Dezember bewilligten Zuschläge von 2 M. täglich ist für die allgemeine Staatsverwaltung auf etwa 25 bis 26 Millionen Mark zu veranschlagen.

Mag auch der erwähnte Mehrbedarf in der Hauptsache nur vorübergehend sein und deshalb insoweit seine Deckung aus Anlehensmitteln sich füglich rechtfertigen lassen, so wird doch ein Teil davon, namentlich der laufende Aufwand für die Aufbesserung der Bezüge der Beamten und Arbeiter, nicht oder jedenfalls nicht in absehbarer Zeit abgebaut werden können. Es erscheint deshalb gerechtfertigt, diesen Mehrbedarf wenigstens teilweise durch laufende Einnahmen, d. i. durch die direkten Steuern zu decken.

Es wird hiernach in erster Reihe vorgeschlagen, weitere Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben und zwar derart, daß die Normalsteuerrate der Einkommensteuerverpflichtigten gleichmäßig um 20 v. H. erhöht werden. Daneben sollen selbstverständlich die Zuschläge, die durch das Gesetz vom 4. September 1918 festgesetzt sind, bestehen bleiben. Aus sozialen Gründen erscheint es aber angezeigt, die untersten Einkommensteuerrufen bis 2400 M. von dem Zuschlag zu verschonen, wie dies auch schon seither geschehen ist. Auch praktische Gründe sprechen für diese Maßnahme, da von im ganzen etwa 380 000 Pflichtigen rund 280 000 keine Nachsteuer zu zahlen haben und infolgedessen die mit dieser Steuererhebung verbundenen Geschäfte wesentlich verringert und vereinfacht werden. Darnach ergeben sich für das Jahr 1919 für die einzelnen Einkommensgruppen folgende Zuschläge:

von	900 M. bis auschl.	2 400 M.	setzt	künftig:
„	2 400 „	4 200 „	5 v. H.	25 v. H.
„	4 200 „	6 000 „	10 „	30 „
„	6 000 „	8 000 „	15 „	35 „
„	8 000 „	10 000 „	20 „	40 „
„	10 000 „	20 000 „	25 „	45 „
„	20 000 „	40 000 „	30 „	50 „
„	40 000 „	60 000 „	35 „	55 „
„	60 000 „	80 000 „	40 „	60 „
„	80 000 „	100 000 „	45 „	65 „
„	100 000 „	125 000 „	50 „	70 „
„	125 000 „	150 000 „	55 „	75 „
„	150 000 „	200 000 „	60 „	80 „
„	200 000 „	und mehr	65 „	85 „

Nach dem Ergebnis der Veranlagung für das Jahr 1919 betragt die Gesamtsumme der Normalsteuerrate rund 50 Millionen Mark und die Summe der nach dem Gesetz vom 4. September 1918 zu erhebenden Zuschläge rund 14 Millionen Mark, das Gesamteinkommensteuerrücklagen also rund 64 Millionen Mark. Werden weitere 20 v. H. obiger Summe der Normalsteuerrate, jedoch unter Weglassung der Einkommen bis 2400 M., erhoben, so ergibt sich ein Mehrertragnis von rund 9,1 Millionen Mark.

Durch diesen weiteren Zuschlag steigt die Einkommenshöchstbelastung auf 9,25 v. H. und zwar bei den Einkommen von 200 000 M. an, während sich die Höchstbelastung nach dem gegenwärtigen Steuertarif auf 5 v. H. (bei den Einkommen von 100 000 M. an) und nach dem Gesetz vom 4. September 1918 auf 8,25 v. H. (bei den Einkommen von 200 000 M. an) belief. In Preußen beträgt die Einkommenshöchstbelastung zurzeit 8 v. H. (von 100 000 M. Einkommen an), in Sachsen 10 v. H. (von 200 000 M. Einkommen an), in Bayern 7,1 v. H. (von 150 000 M. Einkommen an) und in Württemberg 6,5 v. H. (von 200 000 M. Einkommen an) und in Hessen 6,34 v. H. (bei 1 000 000 M. Einkommen).

Weiter soll, um das fundierte Einkommen in etwas stärkerer Maße zu dieser Leistung heranzuziehen, auch eine Erhöhung der Vermögenssteuer stattfinden in der Weise, daß der zurzeit durch das Finanzgesetz auf 11 Pf. von je 100 M. Vermögenssteueranschlag festgesetzte Steuerbetrag um 2 Pf. erhöht wird. Auch hier soll aus dem bereits erwähnten sozialen und praktischen Gründen von der Nacherhebung der Steuer von den kleinen Vermögen und zwar bis zu 5000 M. (ausgeschlossen) abgesehen werden, zumal es sich hier auch um kleine Nachsteuerbeträge handeln würde. Nach den Katastern für 1919 beträgt die Summe der Vermögenssteueranschläge nach einer vorläufigen Zusammenstellung 12 349 617 000 M. mit einem Steuerausbringen von 13 584 578 Mark. Bei einem Steuerfuß von 13 Pf. ergibt sich — unter Weglassung der Vermögen bis 5000 M. — ein Steuerbetrag von rund 16 Millionen Mark, also ein Mehr von rund 2,4 Millionen Mark.

Nach diesen Vorschlägen berechnet sich sonach der Gesamtsteuermehrbetrag auf rund 9,1 + 2,4 = 11,5 Millionen Mark, wobei vorausgesetzt ist, daß sich infolge der diesjährigen Steueranlagung keine Veränderungen auf Ungunsten des Steuerertragnisses ergeben.

Badischer Teil.

Mitteilung des Bad. Statistischen Landesamts.

Nachstehend werden die monatlichen Durchschnittspreise von Hafer, Roggenstroh und Heu in den Hauptmarkorten bekannt gegeben:

Maßgebende Hauptmarkorte	Für den Monat Februar					
	Hafer	Roggenstroh			Heu	
		100 Kilogramm	100 Kilogramm	100 Kilogramm	100 Kilogramm	100 Kilogramm
Konstanz	—	—	10,00	—	19,20	16,—
Freiburg	—	11,60	—	10,60	—	22,60
Lahr	—	—	—	8,—	—	20,—
Karlsruhe	—	10,80	11,00	9,80	9,90	24,40
Bruchsal	—	—	—	—	—	—
Mannheim	30,—	9,—	10,20	—	8,—	21,20

Ein Anspruch auf diese Preise steht nach § 11 Absatz 2 des Kr. L. Ges. den Gemeinden nur dann zu, wenn die zur Verfügung einquartierter Pferde angeforderte Fournage im Gemeindebezirk nicht vorhanden war und von den Gemeinden deshalb durch Ankauf herbeigeschafft werden mußte.

Badische Rundschau.

Die Schwarzschlachtungen und der Schleichhandel mit Fleisch haben sich nachgerade zu einem gemeingefährlichen Übel ausgewachsen, das zu einer Katastrophe im Ernährungsweisen unseres Landes zu führen droht. Hauptabnehmer für das Fleisch, das der Allgemeinheit in dieser widerrechtlichen Weise entzogen wird, sind nach wie vor die Wirtschaften. In diesen ist für den, der es nur immer bezahlen kann, Fleisch in beliebiger Menge und in erstklassiger Qualität zu erhalten. Die Kommunalverbände aber sind heute schon kaum imstande, die nötigen Mengen Schlachtvieh aufzubringen, trotzdem diese Mengen infolge der Verminderung des Heeresbedarfs sich erheblich verringert haben und trotzdem die Landwirte infolge des Futtermittelmangels ein großes Interesse an dem Verkauf des entbehrlichen Viehes haben. Es läßt sich leicht voraussehen, welche Verschärfung die Lage erfahren wird, sobald erst die Möglichkeit der Grünfütterung dieses Viehes beseitigt. Viehwirtschaftliche Verbände haben bisher die Polizeibehörden und die Kommunalverbände vielfach an der erforderlichen Strenge der Überwachung des Verkehrs mit Fleisch und insbesondere der Wirtschaften fehlen lassen. Es ist daher in weitesten Kreisen der Bürgerschaft aufs lebhafteste begrüßt worden, daß das Ministerium für Ernährungsweisen erneut Anordnung ergehen ließ, daß die Bezirksämter und Kommunalverbände die Abgabe von Fleisch in Schlacht- und Speisewirtschaften, in Vereins- und Erfrischungsräumen, in Fremdenheimen, sowie in den Verkaufsräumen von Fleisch und Fleischwaren einer scharfen Kontrolle unterziehen. Die in Verbindung mit dieser Anordnung ergangene Anordnung strenger Bestrafung für weitere Zuwiderhandlung gegen die behördlichen Bestimmungen werden den Inhabern der in Betracht kommenden Betriebe hoffentlich eine Warnung sein, ebenso den Veranstaltern von Schwarzschlachtungen und Schleichhändlern. Freilich sind gerade die letzteren eine derartig hartnäckige, gewissenlose und profitgierige Gesellschaft, daß es exemplarischer Strenge bedürfen wird, um eine wirkliche Besserung der unhaltbaren Zustände herbeizuführen.

Freiburg will Kur- und Badestadt werden. Der erste Anstoß zu diesem Gedanken wurde schon vor einer Reihe von Jahren gegeben, als die Krozinger Thermalquelle erkohrt wurde. Krozinger selbst ist nach Ansicht beteiligter Kreise für einen ausgedehnten Badebetrieb nicht sonderlich günstig gelegen, es leuchtet also ohne weiteres ein, daß die Möglichkeit erwogen wurde, das Quellwasser durch Rohrleitungen nach der Uniersität und Fremdenstadt Freiburg zu leiten und es dort in großzügigen Kuranlagen zu Heilzwecken zu verwenden. In der Zwischenzeit wurde eine Reihe von Versuchen gemacht, indem das Wasser in isolierten Tanks nach Freiburg geführt wurde. Das Ergebnis dieser Untersuchungen schien so günstig zu sein, daß der Ingenieur Franz Brombach bereits mit bestimmten Vorschlägen und Vorarbeiten an die Öffentlichkeit treten kann. Die künftige Kurablage-Anstalt, deren Erstellung eine runde Kaufsumme von 1 1/2 Millionen Mark erfordert, soll alle medizinischen Heilmöglichkeiten einschließlich einer Elektro-medio-medizinischen Anlage umfassen und in erster Linie den Bedürfnissen der Stadt Freiburg zu dienen und ihrer Universität, sowie der Heilung der Kriegeserleidenden und Wunden dienen, darüber hinaus aber eine wirksame Einrichtung zur Heranführung von Fremden zu längerem Kurgebrauch werden. Vom sozialen Gesichtspunkt ist zu begrüßen, daß die geplanten Badeanlagen Kranken, bedürftigen Kriegsteilnehmern und anderen unterstützungsbedürftigen Kranken in Form von kostenloser Behandlung zugute kommen sollen. Wie weiter verläuft, sollen übrigens auch Verhandlungen im Gange sein, die eine Erhöhung von Quellen auf Freiburger Boden selbst herbeiführen können.

Die Unruhen in Baden und Bayern haben nach Blättermeldungen aus Zürich die Schweiz mit Besorgnis erfüllt. Die Bundesregierung ordnete vorwiegend die sofortige Verstärkung des Schweizer Grenzschutzkorps an. 500 Mann zur beschleunigten Kruppen sollen in Luzern alarmiert und nach der Schweizer Nordgrenze befördert worden sein; auch aus Zürich gingen Militärtruppen nach Norden ab, um die Grenze strengstens zu überwachen, damit keine zweifelhaften Elemente in die Schweiz gelangen, die Verwirrung und Unruhen anrichten könnten. Diese Maßnahmen sind zum guten Teil als eine nicht gerade schmeichelhafte Folge der behauerlichen Vorgänge in Mannheim anzusehen. Noch schlimmer aber ist eine andere Wirkung der spartakistischen Umtriebe in Deutschland. Das ist das Sinken des Marktwerts in der Schweiz auf den bisher unerhörten Tiefstand von 45. Man sollte wahrlich denken, daß eine derartige Rückwirkung des wahnwitzigen Treibens gewissenloser Elemente in einem von altersher auf den Verkehr mit dem Ausland eingestellten Grenzland wie Baden in ihrer vollen Bedeutung gewürdigt und verstanden werden!

Badische Nationalversammlung.

Die Tagesordnung der 4. öffentlichen Sitzung vom Dienstag den 4. März, nachmittags 4 Uhr, lautet:

Angelegenheiten neuer Einträge und im Anschluß daran Behandlung kurzer Anfragen und zwar: a) Verlesung der schriftlichen Antwort des Ministers des Innern und Unterrichts auf die Anfrage der Abg. Richter und Waffa, das Gymnasiumsgebäude in Lahr betr.; b) Stellung und Beantwortung der Anfrage der Abg. Niederbühl und Gen., die Zwangsvollstreckung gegen Kriegsteilnehmer betr., und event. weiterer Anfragen.

Sodann I. Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abg. Moelsch und Gen., die Wohnungsfrage betr.

II. Mündliche Berichte der Haushaltskommission und Beantwortung über 1. den Gesetzentwurf, die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten der verfassunggebenden badischen National-

versammlung betr., Berichterstatter Abg. Odenwald; 2. die Wünsche um Bewilligung neuer Teuerungszulagen und zwar: a) Entschädigung einer Versammlung von Eisenbahnern in Mannheim, b) Eingaben der Vereinigungen der oberen Beamten in Heidelberg und Umgebung sowie in Mannheim, Berichterstatter Abg. Goehring; 3. den Gesetzentwurf die Steuererhebung für das Jahr 1919 betr., Berichterstatter Abg. Goehring; 4. den II. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1918 und 1919, Berichterstatter Abg. Goehring.

Eine Massenkundgebung in Karlsruhe

In Karlsruhe fand gestern nachmittags eine große, vom Gewerkschaftsrat und der Sozialdem. Mehrheitspartei veranstaltete Kundgebung statt, deren Bedeutung vor allem darin liegt, daß sie zum Ausdruck brachte, daß die Massen der Arbeiter und der Angestellten in diesen Tagen auf dem Boden der vorläufigen Volksregierung und der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Staatsleben stehen und jede Gemeinschaft mit den terroristischen und spartakistischen Elementen ablehnen.

Die Veranstaltung, an der sich 10-12 000 Personen beteiligten, bildete wohl die größte politische Demonstration, die jemals in Karlsruhe stattfand. Sämtliche Fabriken, Gewerbetreibenden, Geschäfte, Verkaufsstellen, Warenhäuser usw. hatten ihre Betriebe geschlossen, um den Angestellten die Teilnahme an der Kundgebung zu ermöglichen, die sich vor allem gegen die Lebensmittelnot wandte und in der auch die Wohnungsfrage und die Gefangenensfrage besprochen wurde. Der Straßenverkehr, der Postverkehr usw. bewegten sich in den üblichen Bahnen. Bereits um 2 Uhr hatten sich die Teilnehmer an verschiedenen Stellen der Stadt versammelt. Die Arbeiter und Angestellten der Weststadt trafen sich am Gutenbergplatz, diejenigen der Hauptwerkstätte an der Wielandstraße; ihnen schlossen sich später am Werderplatz die Teilnehmer aus den anderen Südstadtteilen an. Das Durlacher Tor bildete den Treffpunkt der Oststadt, der Markt den Treffpunkt der Teilnehmer aus der Altstadt und Mittelstadt. In nach Tausenden zählenden Rängen marschierten die Teilnehmer sodann geschlossen zur Festhalle, die bald bis zum letzten Platz besetzt war, so daß der Saal geschlossen und eine gleichzeitige Paradedemonstration vor der Festhalle abgehalten werden mußte. Der Geschäftsführer des Gewerkschaftsrats, Stadtbürgermeister Hof betonte in seiner Eröffnungsansprache, die Karlsruher Arbeiterklasse, wie er im Namen einer Tags zuvor stattgefundenen Gewerkschaftsversammlung und im Namen der Sozialdemokratie mitteilen könne, jede Gemeinschaft mit den bolschewistischen Jochen von sich. Sie verurteile die Vorgänge in Mannheim und München. Die Arbeiterklasse erkläre, sie stehe hinter der Regierung, sie bemerke aber auch zu gleicher Zeit, daß sie mit der Regierung nicht durch die und dünn gehe, sie verlange vielmehr von ihr, daß sie die Forderungen der Arbeiterklasse mehr als bisher in die Tat umsetze.

Als erster Redner sprach sodann Landeswohnungsinспекtor Regierungsrat Dr. Kampffmeyer über die Ursachen und die Entwicklung der Wohnungsnot und über die Forderungen, die zur Beseitigung derselben erhoben werden müßten.

Nach ihm nahm Arbeitsekretär Prull das Wort zu einem Referat über die Nahrungsmittelfrage, wobei er u. a. die etwaige Wiedereinführung des freien Handels in der jetzigen Zeit als ein Verbrechen am Volke bezeichnete, sowie über sonstige wichtige Tagesfragen.

Der Kernpunkt der Ausführungen beider Redner wurde in zwei längeren Entschließungen niedergelegt, die wir weiter unten im Wortlaut wiedergeben. In einer weiteren Entschließung wurde die baldige Rückgabe unserer Gefangenen verlangt.

An der Paradedemonstration vor der Festhalle sprachen Stadtrat Hilpisch und Reichsminister Müder. Beide Versammlungen verliefen ohne Zwischenfälle.

Im Anschluß daran begaben sich die Teilnehmer in einem großen Demonstrationzug nach dem Marktplatz, wo Stadtrat Dr. Dieb vom Balkon des Rathauses aus eine Ansprache hielt, in der er insbesondere die Ergründungen der Revolution gegen die reaktionären Betreibungen in Schutz nahm. Nach einem von dem Redner ausgehenden Hoch auf die Internationale zerstreute sich die Menge der Aufforderung des Redners gemäß in aller Ruhe.

Im Nachstehenden geben wir die drei Entschließungen wieder:

I. Die Versammlung erklärt sich grundsätzlich einverstanden mit dem ihr bekanntgegebenen Entwurf der Vorschläge zur Bekämpfung der Wohnungsnot, die die Arbeiter und Volksräte der Nationalversammlung vorlegen wollen. In Sonderheit fordert sie:

1. Genaue Erhebungen über die eingetretenen Missetatungen und schärfste Vorgehen gegen jeden Wohnungswucher.
2. Ausbarmung aller geeigneten Räume für Wohnungszwecke, in Sonderheit leerstehende Kasernen und andere öffentliche Gebäude, aber auch von Teile unnützig großer Privatwohnungen.
3. Förderung der Neubautätigkeit in Sonderheit derjenigen der gemeinnützigen Bauvereinigungen durch Bereitstellung von Baugeld, Baufische, Hypotheken und Bauzuschüssen.
4. Vereinfachung und Beschleunigung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot durch Schaffung eines Landeswohnungsamts, durch Einrichtung von städtischen- und von Bezirks-Wohnungs- oder Wohlfahrtsämtern.

Die am 28. Februar 1919 in der städtischen Festhalle zu Karlsruhe stattgefundenen und von mindestens 8000 Personen besuchte Versammlung hat beschlossen, der Regierung und der Nationalversammlung die folgende Entschließung zu unterbreiten:

Die Notlage der Verbraucher wird immer größer. Die Ernährung für die Zeit bis zur neuen Ernte ist nicht sichergestellt. Der Hunger erhebt sich immer schamlos sein Haupt und das Wohnungselend nimmt immer größeren Umfang an.

Die Angestellten, Arbeiter und Beamten haben gehofft, daß Regierung und Nationalversammlung das Kriegselend mit allen Mitteln bekämpfen werden. Es muß jedoch festgestellt werden, daß Regierung und Nationalversammlung nicht alles getan haben, um das unermessliche Elend auf den Gebieten der Lebensmittelversorgung, der Preisgestaltung und des Wohnungswesens nach Möglichkeit zu mildern. Immer größer wird daher die Erregung, die unser Volk durchzittert; immer lauter erschallt in unseren Reihen der Ruf, daß nun endlich der Kampf gegen Hunger und Not mit voller Energie geführt werden muß! Wir wünschen daher, daß die Vorstände des Gewerkschaftsrats Karlsruhe und des sozialdemokratischen Vereins Karlsruhe dem Ministerium und dem Präsidium der Nationalversammlung unsere Wünsche unterbreiten, die wir wie folgt zusammenfassen:

Die Lebensmittelherzeugung ist planmäßig zu organisieren; insbesondere ist der Anbau von Getreide, Hülsenfrüchten und Ölfrüchten zu fördern. Mehr als bisher ist der Steigerung der Ertragsfähigkeit Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Tierhaltung ist einem bestimmten Plan zu unterwerfen. Als Grundlage ist die Einführung der Viehhaltung unumgänglich notwendig. Die Zahl der volkswirtschaftlich nicht notwendigen Tiere ist einzuschränken; dies gilt insbesondere von der Schweine-, Kleintier- und Geflügelhaltung. Der Viehhaltbestand ist dagegen nach Möglichkeit zu schonen.

Es sind alle Vorkehrungen zu treffen, um bei den Erzeugern die reiflose Erfassung aller Nahrungsmittel zu ermöglichen. Diese Organisation ist durch eine großzügige Aufklärungsarbeit auf dem Lande unter Mitwirkung der Verbraucher zu unterstützen.

Der Mangel an Nahrungsmitteln, Bekleidungsgegenständen und allen anderen Gegenständen des täglichen Bedarfs ist aufs schärfste zu bekämpfen und ein planmäßiger Abbau der Preise aller Waren im Verein mit der Reichsleitung einzuleiten.

Die Versammelten fordern weiter, daß unverzüglich eine öffentlich-rechtliche Konsumentenvertretung nach den Vorschlägen der in der Badischen Verbraucherkammer vereinigten Organisationen geschaffen wird, die vom Staat finanziell zu unterstützen ist.

Die Versammlung erwartet, daß Regierung und Nationalversammlung ihren berechtigten Wünschen entspricht und dadurch den bedrohten sozialen Frieden sichern helfen. Unser Land kann nur dann vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt werden, wenn Regierung und Nationalversammlung sich dem Gebot der Stunde fügen, das da heißt:

Kampf gegen den Hunger, Kampf gegen den Mangel, Kampf gegen die Wohnungsnot, Kampf gegen all das Elend, das der Krieg über unser Volk gebracht hat.

Die heute, am 28. Februar, in Karlsruhe stattgefundenen Massenversammlung spricht ihre Entrüstung aus gegenüber dem fortgesetzten ablehnenden Standpunkt der Miierten, unsere noch in Feindeshand befindlichen Gefangenen herauszugeben.

Die Versammlung erklärt, daß die völkerrrechtswidrige Zurückhaltung unserer Söhne, Brüder und Gatten in Feindeshand einen Akt der Gewalt und Freiheitsberaubung darstellt und sich nicht mit den 14 Punkten des Wilsonschen Friedensprogrammes vereinbaren lasse auf Grund deren unsere Soldaten die Waffen niederlegten.

Die Versammelten erheben laut und nachhaltig ihre Stimme und bitten insbesondere die neutralen Staaten sowie die organisierte Arbeiterschaft der ganzen Welt, gegen die Vergeßlichkeit unserer Volksgenossen, bei den Miierten Protest einzulegen und auf sofortige Entlassung unserer sich noch in Feindeshand befindlichen Gefangenen zu dringen.

Aus der Landeshauptstadt.

Landestheater. In Vorlesung „Waffenkammer“ gab vorgestern Marie Perabel vom Nationaltheater in München als Werbepremiere um das Soubrettenfach an unserer Bühne die Marie. Den Eindruck, den die junge Künstlerin hinterließ, war dieser Abtisch im Ganzen wenig günstig. Sie besitzt zwar ein niedliches Aussehen und würd vielleicht kleinere Rollen, wie die Barbarina im „Figaro“, die Auri im „Tiefenland“ und ähnliche, rein darstellerisch bewältigen, gefanglich aber auch darin nicht genügen, da ihrem Sopran nicht nur die nötige Fülle, technische Sicherheit und Ausgeglichenheit, sondern vor allem auch die Leuchtkraft und der sinnliche Klangreiz abgehen. Für größere Aufgaben fehlen ihr, nach der diesmaligen Probe zu urteilen, auch Temperament und Darstellungsvermögen. Angesichts der Wichtigkeit einer Hebung der künstlerischen Leistungsfähigkeit unseres Landestheaters ist gerade im jetzigen Augenblick von überreifen Engagements dringend abzuraten. E. R.

Ein Hellwag-Vortrag im badischen Kunstverein. Am Sonntag, 11. März, vormittags, findet im großen Saale des Kunstvereins ein Vortrag von Dr. Franz Müller-Rosen über „Die Entwicklungslinie der Kunst Rudolf Hellwags“ statt.

Badischer Kunstverein
Karlsruhe E.V. Waldstr. 3

AUSSTELLUNG
ab 1. März 1919 von Werken
K. H. Arnold, Ettlingen; O. Bagemann, Schloß Sommerau; Professor Rudolf Hellwag, Karlsruhe; Frh. Hofmann, Bildhauer, Karlsruhe; Cecilie Imgraben, Karlsruhe; Professor W. Nagel, Karlsruhe; E. Seelos, Karlsruhe; Professor B. v. Volkmann, Karlsruhe; Daniela Volz-Strebing, Karlsruhe.

Am Sonntag den 2. März, 11.30 Uhr vormitt., findet im großen Saale des Kunstvereins ein Vortrag des Herrn Dr. Franz Müller-Rosen über die Entwicklungslinie der Kunst d. Prof. Rudolf Hellwag statt.

Badisches Landestheater.
Im Konzerthaus:
Sonntag, den 2. März 1919:
nachmittags 1/2 Uhr: **Alt-Heidelberg.**
ermäßigte Preise.
abends 7/8 Uhr: **Die lustigen Weiber von Windsor.**
Sondervorstellung.

Mont., 3. (Mo. 23.), „Die verkaufte Frau“, 7-9.30. (4 R. 80 Pf.) — Dienst., 4. Sanderborch. „Das Dreimäderlhaus“, 1/2-1/2. (4 R. 80 Pf.) — Donnerst., 6. 3. Sinfoniekonzert. Sinfonie Ddur Nr. 38 (Haydn) Sinfonie und Konzert für 2 Klaviere mit Orchesterbegleitung von Mozart, Sinfonie Nr. 4, Bdur von Beethoven. 1/2-1/2. (5.-, 4.-, 3.-, 2.-, 1.- R.) — Freit., 7. (Fr. 23.), „Der Evangelist“, 6 1/2-9. (4 R. 80 Pf.) — Samstag, 8. (Sa. 21.) Zum 1. Male: „Schwanenweiß“, Bühnenmärchen-Dichtung in 3 Aufzügen von Aug. Strindberg. 1/2. (4 R. 30 Pf.) — Sonntag, 9. nachm. 2 Uhr zu „ermäßigten Preisen“: „Charleys Tante“, 2-4. (70 Pf.) — 3 R. 20 Pf.) — Abends 8 Uhr: Sanderborch. „Cavalleria rusticana“. — „Der Bajazzo“, 6-9. (7 R. 30 Pf.) — Mont., 10. (Mo. 24.) „Die Entführung aus dem Serail“, 7-1/2. (4 R. 80 Pf.)

COLOSSEUM Teleph. 1938
Ab heute den 1. März 1919:
Das sensationelle **MÄRZ-PROGRAMM**
Täglich abends 8 Uhr.
Sonntags 2 Vorstellungen.
4 Uhr und 8 Uhr.

Sicherste Kapitalanlage
Beträge von M. 100 000
aufwärts werden zu 4 1/2 % mündelsicher 5 oder 10 Jahre unkündbar hereingenommen.
Angebote zu richten unter F. 926 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Altertümer
in Möbeln, Schmuck, Silber, Zinn usw. kauft zu hohen Preisen.
An- u. Verkaufsgeschäft **Neukam.**
Lammstr. 6 im Hof. Tel. 3546

GALERIE MOOS
KARLSRUHE/B.
Kaiserstr. 187

37. Sonderausstellung
16. Februar bis 10. März 1919
Prof. R. Hellwag
J. F. SCHRÖDER u. a.

GEÖFFNET: 10-6 Uhr, Sonntags von 11-1 Uhr und 2-4 Uhr.

Suche größere Posten zu kaufen.
Angebote nur mit Preis.
Biesel, Dortmund.
Schwanenstr. 81, Tel. 2541.

Danksagung.

Für die wohlthuenden Beweise herzlicher Teilnahme an dem schweren Verluste, den wir durch das Hinscheiden unseres lieben Bruders, Pflegevaters, Schwiegersohnes, Schwagers und Onkels, des Herrn

Fabrikanten und Stadtrats Otto Müller

erlitten haben, sagen wir innigsten Dank.

Coblenz a. Rh. und Karlsruhe, den 27. Februar 1919.

Geh. Regierungsrat Otto Röhrich und Familie
Gertrud Cornelisen
Geh. Kommerzienrat Dr. Friedrich Wolff
Fabrikant Friedrich Wolff jr. und Familie
Fabrikant Georg Wolff und Familie.

In tiefer Trauer geben wir den am 27. Februar eingetretenen Tod unseres hochverehrten Direktors, des Herrn

Studienrats A.F. Maier

bekannt. Mit unserer Anstalt, die er 36 Jahre lang vorbildlich leitete, aufs innigste verwachsen, von Lehrerschaft und Schülern in gleicher Weise geehrt und geliebt, wird er ein gesegnetes Andenken über den Tod hinaus hinterlassen.

Die Lehrerschaft
der Realschule Schwetzingen.

Tapeten und Linocrusta in großer Auswahl.

Tapezierarbeiten werden sorgfältig und rasch ausgeführt. Eingang zum Tapetengeschäft, Ecke Hebel- und Lammstraße.

Friedrich Hafner Tapetengeschäft.

Badische Kleider-Klinik

30 Zirkel 30 (gegenüber der „Bad. Presse“) Telephone 4120

Reparatur-, Bügel- und Reinigungs-Anstalt.

Umänderungen jeglicher Art werden unter Garantie für tadellosen Sitz ausgeführt. — Prompte Bedienung. — Billige Preise.

WOLF AMSTOWSKI.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe Lgg. Nr. 5245a: 7 a 70 qm Hofreite und Hausgarten mit Gebäuden Wendstraße 5.
Schätzung: 105 000 Mark.
Versteigerungstermin: Dienstag, den 18. März 1919, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude, Adelsmühlstraße 8. 3.443.2
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 18. Januar 1919.
Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Eichenes Schlafzimmer

bestehend aus
2 torig. Spiegelschrank, Waschkommode mit Marmor u. Spiegel, 2 Nachttischen mit Marmor, 2 Bettstellen, 2 Patent-Rösten, 2 Schutzdecken, 2 steilen Matratzen, 2 Polstern, 2 Stühlen

Mk. 1875.-

Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe, Kronenstraße 32.



Adolf Pfeiffer

Zweiggeschäft: **Karlsruhe, Lammstraße 6** Fernsprecher 4988
Stammhaus: **Mannheim M 5, 3**

— Abteilung —
WERKZEUGE

Werkzeuge u. Werkzeugmaschinen

für Metall- und Holzbearbeitung
Maschinenbau-Bedarfsartikel
Bohrmaschinen, Drehbänke, Hobelmaschinen, Kaltsägen, Fräsmaschinen, Blechscheren, Lochstanzen



Hebezeuge aller Art

Lieferant vieler Staats- und Gemeindebetriebe

Eintrachtsaal Karlsruhe

Donnerstag, den 6. März 1919,
abends 7^{1/2} Uhr,

II. KONZERT Duci v. Kerekjártó

(Violine)
Am Klavier: Paul Schmitz, Mannheim.

Vortragsfolge: **Felix Mendelssohn, J. S. Bach, Chopin-Wilhelmj, Frz. Schubert, Wieniawski, J. Hubay.**

Konzertflügel Steinway, aus d. Lager des Alleinverreters **H. Maurer**, Kaiserstr. 176, Ecke Hirschstraße.
Eintrittskarten zu 5.—, 4.—, 3.—, 2.—, 150 i. d. Hofmusikalien- Kaiserstraße 159, Eingang handlung **Fr. Doert**, Ritterstraße (Teleph. 638) und an der Abendkasse.

Museum Karlsruhe E. V.

Die Gesellschaftsräume für die Mitglieder der **Museumsgesellschaft** sind nach der Karlstrasse 10, 1. Stock (Prinz Max-Palais) verlegt. Sie sind geöffnet von 10 bis 1 Uhr und von 2 bis 8 bzw. 10 Uhr.

Tea-Gelegenheit.

Das Sekretariat befindet sich ebenfalls in den neuen Räumen, während die Bibliothek wie bisher in der Ritterstrasse 3 verbleibt. 394

Der Vorstand.

Beinkranke

welche durch Krampfadern an offenen eitrigen Wunden geschwollenen Füßen leiden, Beschwerden im Gehen haben, behandelt nach bewährter Methode ohne Berufshilfe

Wilh. Oswald,
Arzt für Fußpflege und Chirurgie.
Kaiserstr. 94 Tel. 3084.

Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe

Friedrichsplatz 1,
Eingang Ritterstraße
Fernsprecher Nr. 30 und Nr. 506 A. 638

Dresdner Bank

Aktienkapital: 200 Millionen M.
Reserven: 60 Millionen M. :-

Niederlassungen im Grossherzogtum Baden:
Mannheim u. Heidelberg
Freiburg i. B.

Sorgfältige Erledigung aller bankmässigen Geschäfte :-

B. 579

Taschenuhren

wenn auch reparaturbedürftig, werden stets angekauft in 3988

Weintraubs
An- und Verkaufsgeschäft,
Kronenstrasse 52.

Für meine Leihanstalt **suche ich**
Flügelu. Pianinos
zu kaufen und erbitte Angebote.
Ludwig Schweisgnt
Karlsruhe
Erbprinzenstrasse 4.

Haus-Verkauf

Wildbad, Schwarzwald, Fremdenpension Villa Victoria, in bester Lage, fruchtbar, halber zu verkaufen. Dieselbe würde sich auch für ein Sanatorium oder einen Arzt eignen.

Bürgerl. Rechtspflege a. Streitige Gerichtsbarkeit.

Aufgebot.
3.975.21. Pfullendorf. Wendelin Bettinger, Privatmann in Pfullendorf, hat beantragt, den verschollenen Uhrmacher Friedrich Bettinger, geboren am 12. Februar 1855 in Pfullendorf, und zuletzt wohnhaft daselbst, für tot zu erklären. Der Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Dienstag, 16. Sept. 1919, vormittags 9 Uhr, vor d. unterzeichneten Amtsgericht bestimmten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls seine Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen. Pfullendorf, den 19. Februar 1919. Amtsgericht.

Aufgebot.
3.942.2. Wehrkirch. Die Robert Müller Witwe, Maria geb. Gabele in Boll hat beantragt, den am 25. Dezember 1869 zu Boll geborenen, seit 1892 verschollenen Christian Müller, zuletzt wohnhaft in Boll, für tot zu erklären. Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Dienstag, den 7. Oktober 1919, vorm. 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anderaumten Termin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen. Wehrkirch, 17. Febr. 1919. Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts.

Verf. Bekanntmachungen

Bekanntmachung.
Stadtbaumeisterstelle betr. Die Stelle des Stadtbaumeisters ist neu zu besetzen.

Der Anfangsgehalt beträgt nach dem Gehaltstaxi 2400 M., ausserdem bezieht der Angestellte die Feuerungsbeihilfen. Bewerbungen sind bis 10. März d. J. an den Gemeinderat einzureichen. Wiesloch, 26. Febr. 1919. Der Gemeinderat.

Verleihung einer Brautaussteuerung aus der Bernhard Höber'schen Stiftung hier betr. Aus der Bernhard Höber'schen Stiftung hier ist eine Brautaussteuerung von 1200 M. an ein mit dem Stifter verwandtes Mädchen israelitischer Religion zu vergeben. Bewerbungen sind unter Anchluss des Nachweises der Verwandtschaft, sowie eines Zeugnisses binnen 6 Wochen hier einzureichen. 3.956 Karlsruhe, 24. Februar 1919. Der Ministerialkommissär: Schworer.

Zur Herstellung eines Schuppens für Sandstrahlgebläse in der Hauptwerkstätte hier nach Finanzministerialverordnung vom 7. Jan. 1907 öffentlich zu vergeben: Zimmerarbeiten, Wagnearbeiten, Dachdeckerarbeiten, Schreinerarbeiten, Glaserarbeiten und Schlosserarbeiten. Zeichnungen, Bedingungen und Arbeitsbeschriebe liegen an Werktagen im Dienstzimmer der Hochbauinspektion II hier, Müppurstrasse 1, hinter dem Hengststall zur Einsicht auf. Dasselbst Abgabe der Angebotsvorbrude so weit der Vorrat reicht. Kein Versand nach auswärts. Angebote verschlossen, postfrei und mit entsprechender Aufschrift längstens bis Freitag den 7. März d. J., vormittags 10 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist drei Wochen. 3.932.2. Karlsruhe, 20. Febr. 1919. Bahnbauinspektion I.

Änderung der Frachtbrief- vordrucke.

Der in der linken oberen Ecke der Frachtbriefvordrucke anzubringende Frachtbriefstempel ist geändert worden. Beim Neudruck von Frachtbriefen ist der neue Stempel zu verwenden. Vorhandene Vordrucke an Frachtbriefvordrucke können aufgebraucht werden. Karlsruhe, 28. Febr. 1919. Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.

Möbelhaus

Bestichtigung ohne Kartenzwang

Ecke Kaiser-Douglasstr. (Hauptpost)
Komplette Wohnungs-Einrichtungen und Einzel-Möbel.
Aufbewahrung völlig kostenlos.

Mühlburg Philippstr. 19 Telephone 5224.

Gebr. Karrer

Die Ware bei billiger Berechnung